

Arbeiter-Zeitung

Donnerstag, 29. März 1928
10. Jahrgang Nummer 76

Preis: jährlich mit Ausnahme des Sonn- und Festtags, Besondere: wöchentlich 0,50 RM., monatlich 2,25 RM., Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,25 RM., unter Einbezug 2,50 RM. Kassenpreis: Die gesammelten Millimeterzelle oder deren Raum 12 Pf., Vereins- und Besammlungsangelegen 6 Pf., Kassenpreis: Die dreigespartelte Millimeterzelle oder deren Raum im Wert 70 Pf. — Schluss der Inseraten-Nachnahme u. der Haupt-Expedition 8 Uhr: in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Verlagsstellen: Breslau 14, Kreuzberg Str. 50, Telefon 4719. Berlin 10, Oranienburger Str. 104, Telefon 2400. Leipzig 10, Poststr. 11, Telefon 1111. Dresden 1, Poststr. 11, Telefon 1111. Chemnitz 1, Poststr. 11, Telefon 1111. Opatowitz 1, Poststr. 11, Telefon 1111. Posen 1, Poststr. 11, Telefon 1111. Danzig 1, Poststr. 11, Telefon 1111. Königsberg 1, Poststr. 11, Telefon 1111. Stettin 1, Poststr. 11, Telefon 1111. Danzig 1, Poststr. 11, Telefon 1111. Königsberg 1, Poststr. 11, Telefon 1111. Stettin 1, Poststr. 11, Telefon 1111.

Das Doppelspiel des Zentrums Geheimpatte Wirth-Mary

Keine Spaltung am 1. Mai!

Die Gewerkschaftsführer gegen einen einheitlichen
Maiaufmarsch
Breslau, 29. März.

Wirth auf der Zentrums-Reichsliste
Der bekannte günstige Wind weht der „Roten Fahne“ eine Vereinbarung auf den Tisch, die die Spitzen des Zentrums mit Dr. Wirth getroffen haben. Diese Vereinbarung kam auf Grund einer Besprechung zwischen dem derzeitigen Führer der Reichstagsfraktion des Zentrums, Dr. Stegerwald, und Wirth zustande, der sich eine größere Sitzung anschloß, an der neben Stegerwald und Wirth der Bürgerblockangehörige Mary als Parteivorstand, der Bürgerblock-Arbeitsminister Dr. Braun und die Zentrumsabgeordneten Jock, Dr. Perltius, Esser und Frau Weber teilnahmen.
Die Vereinbarung sagt über diese Besprechung:
„In dieser ergab sich völlige Übereinstimmung (!) über die politischen und sozialen Fragen der Gegenwart und der nächsten Zukunft und kam einseitig der Wille zum Ausdruck, zu ihrer Lösung einmütig und geschlossen den Wahlsatz und die Politik im nächsten Reichstag zu führen... Dr. Wirth erklärte ferner, daß eine weitere politische Tätigkeit seinerseits sich in Zukunft in Gemeinschaft mit den Führern der Partei (!) und in Gemeinschaft mit der Fraktion nach den Grundsätzen christlicher Staatsauffassung vollziehen werde. Das einmütige Ergebnis der Besprechung war, dem Reichstagsparteivorstand die Aufstellung Dr. Wirths auf der Reichsliste (!) zu empfehlen. Der Vorsitzende der Reichstagspartei, Prälat Dr. Schöfer, erklärt sein Einverständnis, daß Dr. Wirth auf die Reichsliste übernommen werde.“
Dieser Ausgang des Falles Wirth entspricht vollumfänglich den Auffassungen über die Rolle des schwarzrotgoldenen Demagogen, wie wir sie seit jeher verfolgt haben. Wirths angebliche Opposition gegen die Bürgerblockpolitik des Zentrums war nie etwas anderes als ein Besänftigungsversuch gegenüber den katholischen Arbeitern, um diese desto fester an den Wagen des großkapitalistischen Zentrums zu fetten.

Das ganze Mandat wäre undenkbar, wenn das Zentrum nicht auch diesmal wieder die vollste Unterstützung seitens der sozialdemokratischen Führer genossen hätte. Statt den demagogischen Schwindel dieser ganzen Wirth-Komödie aufzuzeigen, statt den schwarzrotgoldenen Schaumschläger Wirth als einen Jutrelber der großkapitalistischen Bürgerblockpartei zu entlarven, deren Geschäfte er gerade durch seine Oppositionskomödie befragt, — statt dieser primitiven Aufklärungsarbeit am katholischen Proletariat, hat die Sozialdemokratie ihrerseits den Betrug erst ermöglicht.
Das Zentralorgan der SPD, der „Vorwärts“, war es, der dem Zentrum geradezu ausmänderte, wie gut es mit Hilfe der Aufstellung Wirths die katholischen Arbeiter einsetzen könne. Das Zentrum hat sich diesen Ratsschlag der SPD-Führer zu eigen gemacht.
Die Leidtragenden dieser politischen Schieberkomödie sollen die Arbeiter sein, die katholischen und die SPD-Arbeiter, denen man beiderseits Sand in die Augen streut, um den gleichen reaktionären Kurs wie bei der Bürgerblock-Koalition auch im neuen Reichstag unter Einbeziehung der SPD. durchzuführen zu können. Dieses Spiel darf nicht gelingen!

E. H. In Chemnitz erschien am 7. März 1928 in den Zeitungen der Kommunistischen und der Sozialdemokratischen Partei folgende Notiz:
„Den Bemühungen der beteiligten Organisationen ist es gelungen, die Voraussetzungen für eine gemeinschaftliche Maidemonstration des gesamten Proletariats von Chemnitz zu schaffen. Mit Zustimmung der freien Gewerkschaften haben die politischen Parteien die Durchführung der Maidemonstration übernommen. Das vorläufige Komitee, das aus Vertretern der SPD und KPD. zusammengesetzt war, hat die Richtlinien für die Demonstration aufgestellt. In den nächsten Tagen wird das endgültige Komitee seine Arbeit aufnehmen und die Vorbereitungen für eine würdige eindrucksvolle Maidemonstration treffen. An der Arbeiterschaft liegt es nun, schon jetzt zu rufen für eine machtvolle Maidemonstration des gesamten Proletariats der Arbeiterstadt Chemnitz.“
In Chemnitz wird also am 1. Mai eine gemeinsame Demonstration stattfinden. Die Vertreter der freien Gewerkschaften haben dieser Vereinbarung zugestimmt. Die beiden politischen Parteien übernehmen die Durchführung der gemeinsamen Maidemonstration. Von keiner Seite wurden irgendwelche Bedingungen gestellt. Wir zweifeln nicht daran, daß dieser geschlossene Maiaufmarsch, auf den die Chemnitzer Proletarier stolz sein können, seinen Eindruck nicht verfehlen wird.
Und in Schlesien, in Oberschlesien?

„Nur ein vorläufiger Entwurf“

(Eig. Drahtber.) Berlin, 29. März.
Die „Germania“, das Zentrumszentralorgan, bestätigt die Richtigkeit der von der „Roten Fahne“ veröffentlichten Abmachung zwischen Wirth und Mary. Sie erklärt, der veröffentlichte Text sei nur „ein vorläufiger Entwurf“. Sie wagt aber nicht zu dementieren, daß Wirth sich bereit erklärt hat, mit der Bürgerblockpolitik durch die und dünn zu gehen.

Sicherlich haben hier die sozialdemokratischen Arbeiter in ihrer Mehrheit das gleiche Verlangen nach einem einheitlichen und geschlossenen Aufmarsch. Tagtäglich führen sie im Betriebe ihre Verbundenheit mit den kommunistischen Klassengenossen. Aber die reformistischen Gewerkschaftsführer, die sozialdemokratischen Spitzen wollen dem Verlangen der Arbeiter nicht Rechnung tragen. Sie haben kein Interesse an einem gemeinsamen, imponierenden Aufmarsch der Arbeiterklasse.
Dafür ein Beispiel: Das Breslauer Gewerkschaftskartell hat beschlossen, keine gemeinsame Maifeier mit der kommunistischen Partei zu veranstalten. Dabei ist es bekannt, daß die Breslauer linken sozialdemokratischen Arbeiter schon im vergangenen Jahre stürmisch das Zusammengehen mit den Kommunisten gefordert haben. Aber in gleichem Maße, wie die rechten Gewerkschaftsführer ihren Kampf gegen die linken Arbeiter richten, in gleichem Maße und zum gleichen Zwecke sind sie bestrebt, die Arbeiter am 1. Mai voneinander zu trennen und die Kommunisten auszuschalten.
Warnung diese Spaltung der SPD- und Gewerkschaftsführer? Ginge es für sie nach den wirklichen Interessen der Arbeiter, dann wäre eine einheitliche Demonstration gegen die Auswirkungen der Bürgerblock- und Koalitionspolitik durchaus das Gegebene. Aber was schert die Gewerkschaftsführer das proletarische Interesse. Sie wollen sich in den Augen des Bürgertums nicht kompromittieren. Sie ziehen der Einheitlichkeit des Proletariats die kommende große Koalition mit den bürgerlichen Parteien vor. Sie sind für die Spaltung der Arbeiterschaft am 1. Mai, damit keine Spaltung zwischen der SPD. und ihren bürgerlichen Koalitionsbrüdern eintritt. Sie sind für einen sozialdemokratischen Wahlrummel am 1. Mai, weil sie gegen eine würdige Kampfdemonstration des Proletariats gegen die Bourgeoisie sind.

Buchdrucker für Kampf!

Breslau, 28. März. — In der gestern stattgefundenen überfüllten Buchdrucker-Verammlung des Ortsvereins Breslau wurde nach längerer, zum Teil heftigen Diskussion beschlossen, heute eine Urabstimmung durchzuführen, ob die Kündigungen zurückgezogen werden sollen oder nicht. Die Stimmung der Versammelten war durchaus kampfsenthusiastisch, so daß anzunehmen ist, daß das Resultat der Urabstimmung das Nichterlösen eines sämtlicher bürgerlicher Blätter ab Sonnabend zur Folge haben wird.
München, 28. März. — Nach einer Meldung der TIL haben die Münchener Buchdrucker mit Dreiviertelmehrheit die Aufrechterhaltung der Kündigungen beschlossen. Damit werden ab Sonnabend in München keine Zeitungen erscheinen. Die Streikleitung ist bereits gebildet.

Jetzt gilt es, nicht nachzulassen. Ein energischer Angriff wird, insbesondere infolge der außerordentlich günstigen Konjunktur, sehr bald zum vollen Sieg führen.

Bremshaven, 28. März. (Eig. Drahtber.) — Eine Konferenz des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, Bezirk Weser-Ems, nahm Stellung zu dem verbindlich erklärten Schiedspruch. Nach einer längeren Aussprache, an der sich alle Redner für den Kampf einsetzten, wurde folgende Resolution angenommen: „Die am 25. März 1928 in Bremshaven verammelten Buchdrucker des Verbandes der Deutschen Buchdrucker beschließen, die am 23. März ausgesprochene Kündigung nicht zurückzunehmen und den Kampf durch die Organisation aufzunehmen.“

Schlesischer Textiltarif gekündigt

Sirshberg, 28. März. — Am 31. März werden die gesamten schlesischen Lohnverträge für die sieben Bezirkegruppen des Verbandes Schlesischer Textilindustrieller ablaufen. Die drei Arbeitnehmerorganisationen haben sich in einer Konferenz auf ein gemeinsames Vorgehen geeinigt. Sie vertreten den Standpunkt, daß die schlesischen Textilarbeiterlöhne unbedingt einer Aufbesserung bedürfen und werden bei den bevorstehenden Tarifverhandlungen dahingehende Anträge stellen.

Berlin, 28. März. (Eig. Drahtber.) — Gestern nahmen die Funktionäre der Buchdrucker zu der Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches Stellung. Die Kampfstimmung der Buchdrucker ist so groß, daß nicht einmal der „Vorwärts“ wagt, offen für die Kapitulation einzutreten. In Berlin wurde der Kampf durch die Verweigerung der Ueberstunden bereits gut vorbereitet. Bei Ulstein mußten infolgedessen schon in der Sonntagsausgabe der „Morgenpost“ 16 Seiten Inserate ausbleiben. Der Kampf ist für die Buchdrucker schon deshalb unvermeidlich, weil keinerlei Abmachungen darüber geschlossen worden sind, wie bei Rücknahme der Kündigungen zu verfahren ist, so daß Maßregelungen zu erwarten sind.

Eine Meldung, wie hoch die auf der Konferenz beschlossenen Forderungen sind, haben wir noch nicht. Die Textilarbeiter müssen fordern, daß zum Ziel der Bewegung die von der Saganer Mitgliedschaft aufgestellte Forderung, das sind 20 Pfennige Lohnhöhung pro Stunde, gemacht wird.

Protestdemonstration in Warschau

(Eig. Drahtber.) Warschau, 29. März.
Gestern Abend kam es in den Arbeitervierteln zu spontanen Demonstrationen, als dort die Verhaftung der kommunistischen Abgeordneten im polnischen Sejm bekannt wurde. Die Demonstranten begaben sich nach dem Untersuchungsgefängnis, wo man die verhafteten Abgeordneten festhielt, und verlangten die Freilassung derselben. Sofort war die Pilsudski-Polizei zur Stelle und ging mit aller Brutalität gegen die versammelten Demonstranten vor. Man nahm eine Anzahl von demonstrierenden Arbeitern fest.
Für die Protestaktion, die die sozialdemokratischen Abgeordneten gestern im Sejm anlässlich der Verhaftung mehrerer Abgeordneten durchführten, ist es kennzeichnend, daß man sich jetzt bemüht, bei Pilsudski, den sie während der Wahlkampagne unterstützten, nicht in Ungnade zu fallen. Um Pilsudski zu besänftigen und ihn von weiteren diktatorischen Maßnahmen abzuhalten, weist die demokratische Presse darauf hin, daß der gestern gegen den Willen Pilsudskis gewählte sozialdemokratische Sejm-Marschall Dazynski keineswegs ein scharfer Gegner Pilsudskis ist, sondern innerhalb der sozialdemokratischen Partei dem Flügel angehört, der ein Zusammengehen mit der Pilsudski-Regierung, soweit als irgend möglich anstrebt.“

Wir aber fragen die sozialdemokratischen Arbeiter:
Weshalb soll das, was in Chemnitz möglich ist, nicht auch in Breslau und anderen schlesischen und ober-schlesischen Orten möglich sein.
Weshalb sollen wir kommunistischen und sozialdemokratischen Klassengenossen den Weltkampftag des Proletariats in Schlesien und Oberschlesien getrennt begehen, während die Chemnitzer Arbeiterschaft der kapitalistischen Klasse und ihren Parteien eine geschlossene Kampffront entgegensetzt.
Die Bezirksleitung Schlesien der KPD. hat sich nach Bekanntgabe des ablehnenden Beschlusses des Breslauer Gewerkschaftskartells sofort mit einem Schreiben an den örtlichen Parteivorstand der SPD. gewandt. Sie fordert vor der gesamten Arbeiteröffentlichkeit Breslaus die Revision des Spaltungsbeschlusses und eine Verständigung auf der Grundlage des Chemnitzer Beispiels.
In Breslau wie auch anderswo liegt die letzte Entscheidung über die Maidemonstration aber bei der gesamten

Die Unternehmer bewilligen

München, 28. März. (Eig. Drahtber.) — Als Folge des Streikbeschlusses der Münchener Buchdrucker ist bereits zu verzeichnen, daß nunmehr einige bürgerliche Betriebe die Forderung von 10 Mark bewilligten.

Die Meldungen aus allen Teilen Deutschlands zeigen die Kampfbereitschaft der Buchdrucker. Noch ist der Kampf nicht begonnen — und schon bewilligen verschiedene Unternehmer die geforderten 10 RM.

Arbeiterchaft. Von ihrer Haltung, von ihren Beschläffen, von ihrem Willensstand, von dem Weg der Schritte, den die Gewerkschaftsführer wollen, oder jener Weg, den die Chemnitzer Arbeiterchaft gewiesen hat. Wir rufen deshalb den schlesischen und ober-schlesischen Proletariern zu:

Folgt dem Chemnitzer Beispiel!

Nehmt in Betrieben und Gewerkschaften zur Sabotage der Notwendigkeit Stellung!

Fördert und beschließt die Herstellung der proletarischen Einheitsfront am 1. Mai!

Ber's glaubt ...?

(Eig. Drahtber.) Berlin, 20. März.

Der sozialdemokratische Berliner Polizeipräsident Jörgel befindet sich seit einigen Wochen in Paris, um mit Hilfe des dortigen Polizeipräsidenten Chiappe, der durch sein brutales Vorgehen gegen die revolutionäre Pariser Arbeiterchaft bekannt ist, die polizeilichen Einrichtungen der Pariser Polizei zu studieren. Es ist nun natürlich, daß sich der Sozialdemokrat Jörgel dabei auch im weitgehenden Maße für die Einrichtungen der Pariser Politischen Polizei interessiert. Doch kaum hat die kommunistische Presse diese Vermutung ausgesprochen, da erfolgt heute schon das übliche „Dementi“. Demnach hätte Herr Jörgel beim heutigen Empfang der Vertreter der deutschen Presse in Paris u. a. erklärt, „daß sich seine gegenwärtigen Besprechungen mit dem Polizeipräsidenten Chiappe lediglich auf Verkehrs- und Kriminalfragen, nicht aber auf politische Aktionen, wie z. B. Maßnahmen gegen den Kommunismus, erstrecken.“ Ber's glaubt ...?

Unerhörte Anklage gegen die „Note-Fahne“

Begen der Parole: „Krieg dem Kriege“

(Eig. Drahtber.) Berlin, 20. März.

Der deutschnationalen Oberreichsanwalt Werner will einen neuen Schlag gegen die „Note-Fahne“ führen. Er hat Hochverrats-anlage gegen den ehemaligen verantwortlichen Redakteur, Genossen Karl Wegler, erhoben, und zwar wegen Abbruchs der Tischen der Exekutive der Kommunistischen Internationale vom 20. Mai 1927 „Ueber Krieg und Kriegsfahr“, die in der „Note-Fahne“ am 12. Juni 1927 erschienen. Der Oberreichsanwalt erblickt in den kommunistischen Forderungen „Krieg dem Kriege“, „Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg“ und „Niederlage der eigenen bürgerlichen Regierung im imperialistischen Kriege“ die Vorbereitung des Hochverrats durch den Genossen Wegler.

Diese Anklage setzt voraus, daß das Deutsche Reich und seine Länder zum Kriege rüsten und ihre Kriegsfähigkeit durch die kommunistische Propaganda für gefährdet halten. Diese neue Anklage zeigt, wie verbrecherisch die SPD-Führer bei ihrer Ablehnung der Amnestie handeln.

Das tägliche Kommunistentheil

Am 20. März, 20. März. — Wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Vergehens gegen das Republikanengesetz hatten sich am Dienstag vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts der Maschinenbauarbeiter Karl Freundlieb und drei Genossen aus weisfällischen Orten zu verantworten. Die Angeklagten werden beschuldigt, im vorigen Jahre mehrere Exemplare der Zeitschrift „Der Schutzpolizist“ unter dem heutigen Polizeibeamten verteilt zu haben. Sie wären zum größten Teil Funktionäre der kommunistischen Partei. Das Reichsgericht verurteilte die Angeklagten wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Vergehens gegen § 7 Absatz 4 des Republikanengesetzes, und zwar Freundlieb, Krage und Reiner zu je einem Jahre Zuchthaus und je 100 Mark Geldstrafe. Der Angeklagte Böhler wurde mangels Beweisen freigesprochen.

Die Sozialdemokraten haben die Amnestie zerfchlagen

(Eig. Ber.) Berlin, 20. März.

In der Mitwirkung des Rechtsausschusses fand auf Verlangen der kommunistischen Fraktion die Schluffberatung über den Amnestieentwurf statt. Genosse Hiller legt den Kompromißantrag vor, der von ihm gemeinsam mit dem Sozialdemokraten Rosenfeld und dem deutschnationalen Everling ausgearbeitet worden ist. Rosenfeld erklärte, daß die Mehrheit seiner Fraktion ihn überstimmt und brachte einen Änderungsantrag ein, um in acht hinter Mantel den Verrat seiner Partei zu maskieren. Sein Parteigenosse Landsberg aber erklärte, seine „Würde“ verbiete ihm, einer Amnestie mit solchen Konsequenzen für die Verbrecher von rechts zuzustimmen. Der Zentrumsmann Schulz wiederholte den Standpunkt seiner Partei, die im Interesse der Rechtspflege gegen jede Amnestie ist. Der Volksparteiler Wanderschlag erging sich in ähnlichen Ausreden.

Bei der paragraphenweisen Abstimmung wurde die Amnestie mit 15 gegen 12 Stimmen abgelehnt. Kommunisten, Demokraten, Deutschnationalen und Wirtschaftspartei blieben in der Minderheit.

Bei der Festlegung der Tagesordnung für Donnerstag im Plenum des Reichstags verlangte Genosse Wegler, daß der Bericht des Rechtsausschusses über den Amnestie-Geheimentwurf auf die Tagesordnung komme. Der Sozialdemokrat Dittmann beantragte demgegenüber, diesen Bericht mit der Debatte über den Justizetat zu verbinden. Gegen die Stimmen der Kommunisten wurde dieser Verschleppungsantrag angenommen.

Immer größere Reichsbahnkorruption

(Eig. Drahtber.) Berlin, 20. März.

Die Justizpressestelle teilt mit: „Anlässlich der Untersuchung wegen der Vorgänge beim Eisenbahnenamt gehen bei der Staatsanwaltschaft zahlreiche, zum Teil anonyme Anzeigen über angebliche Unredlichkeiten bei der Reichsbahn ein, die zum Teil sehr beachtliche Anhaltspunkte für die weitere Untersuchung bieten. Sämtliche Mitteilungen, auch soweit sie anonym sind, werden eingehend nachgeprüft. Es würde aber die Untersuchung sehr erleichtert werden, wenn die Mitteilungen unter Namensnennung und Angabe der Beweismittel erfolgen würden.“

Diese Mitteilung ist eine Bestätigung der ausgedehnten Korruptionswirtschaft, die sich in der Aera Dornmüller bei den Reichsbahnbeschaffungsstellen entwickelt hat.

Große Koalition in Bremen

Am 20. März, 20. März. Die erneut aufgenommenen Verhandlungen wegen der Umbildung des bremischen Senats haben gestern zu dem Ergebnis geführt, daß ein Senat von elf Mitgliedern gebildet werden soll, von denen die sozialdemokratische Fraktion 5 und die beiden bürgerlichen Gruppen je 3 Mitglieder stellen werden. Für eine Übergangszeit bis zum 31. März 1929 soll ein zwölfter Senator, der den bürgerlichen Parteien angehört, im Senat verbleiben.

Arbeitslämpfe

Berlin, 20. März. (Eig. Drahtber.) — Gestern nahmen die Arbeiter der Zigarettenindustrie zu dem am 23. März gefällten Schiedsspruch, der ganze 5 Prozent Lohnhöhung vorträgt, in zwei stark

besuchten Versammlungen Stellung. In beiden Versammlungen wurde der Schiedsspruch abgelehnt.

Dresden, 20. März. (Eig. Drahtber.) — Am 20. März fanden vor dem zentralen Tarifamt Lohnverhandlungen für die Papierarbeiter im Gau Sachsen statt. Die Verhandlungen sind gescheitert. Am 20. März soll in Dresden die Konferenz der Funktionäre der Papierindustrie stattfinden, um entsprechende Kampfmaßnahmen zu beschließen.

Landtagsauflösung am 19. Mai

(Eig. Drahtber.) Berlin, 20. März.

Der Landtag wird wahrscheinlich am 19. Mai aufgelöst werden. Einen Tag später sollen dann die Neuwahlen stattfinden. Der Kabinettsrat hat beschlossen, am Sonnabend die letzte Sitzung abzuhalten.

Schwindel der Volkzeitung

Am 20. März, 27. März. — Gestern wurde in Wobanzinterk in Ostpolen eine angebliche Geheimorganisation mit kommunistischem Charakter aufgedeckt, die für einen fremden Staat in Polen Spionage getrieben haben soll. 22 Personen wurden verhaftet. Die Einzelheiten der Untersuchung werden geheim gehalten. (In Wirklichkeit wird es sich um nichts anderes als um eine Ortsgruppe der verbotenen kommunistischen Partei gehandelt haben. Die Red.)

Auflösung des Selbstschutzes in Deuthen

Die ober-schlesische „Selbstschutz-Traditionskompanie“, deren Mitglieder am Sonntag in Deuthen die Teilnehmer eines polnischen Elternabends überfielen und mehrere von ihnen verletzten, ist aufgelöst worden. Bei einer Durchsuchung der Banditen waren Revolver, Gummitüppel und Messer vorgefunden worden.

Der Nicaragua-Kanal wird gebaut

Im Washingtoner Senat hat Senator Mc Kellar eine Entschlieung eingebracht, wonach für 200 Millionen Dollar Bonds ausgegeben werden sollen, die für den Bau des Kanals durch Nicaragua verwendet werden sollen. Die Entschlieung ist angenommen worden. Ferner läßt die Entschlieung die Regierung ein, sofort 10 Millionen Dollar zur Verfügung zu stellen, damit die Arbeiten unverzüglich in Angriff genommen werden können. Dieser Kanal ist bekanntlich als Ergänzung des schon jetzt unzureichenden und ständigen Erdbeben ausgesetzten Panama-Kanals zu betrachten. Im Zusammenhang damit teilt „La Guardia“ mit, daß die Beschaffung Nicaraguas durch amerikanische Truppen täglich 50—100000 Dollar koste.

Vom Tage

Die Dzeanflieger, bzw. die Nachte-gerne-Dzeanflieger, lassen mitteilen, daß sie in den nächsten 48 Stunden nicht starten werden.

Selbst das Washingtoner Staatsdepartement gibt jetzt offiziell die Unterwerfung Mexikos in dem seit Jahren währenden Delkonflikt zu.

Aus Chicago, dieser großen Verbrecherstadt Nordamerikas, wird nunmehr das 62. Bombenattentat innerhalb von fünf Monaten gemeldet.

Das nordamerikanische Parlament hat die Marinevorlage, die für 360 Millionen Dollar Ausrüstung vorsieht, angenommen.

Nach Meldungen aus London verhandelt Amanullah mit Chamberlain über Fragen, die nicht genannt werden.

Zwischen England und Transjordanien wurde ein Vertrag unterzeichnet, der Englands militärische Oberhoheit anerkennet.

LOURDES
Von EMILE ZOLA

„Am wieviel Uhr werden wir denn in Paris sein?“ fragte Herr den Oberhaupt Pierre.

„Morgen, gegen 2 Uhr nachmittags, glaube ich.“ berichtigte der Priester.

„Eine Reise von zweihundzwanzig Stunden! Nun, es wird immerhin weniger lang und weniger hart als bei der Hinfahrt sein.“

„Wir sind jetzt auch.“ fuhr ihr Vater fort. „Am ein paar Ferienen weniger, und können es uns recht behaglich machen.“

Als Tochter war man sehr beschäftigt, jeder legte sich zuricht und nahm wieder Besitz von seinem Platz. Als man diese Station verließ, erhob sich Schwester Hyacinthe und lächelte in die Hände.

„Keine Kinder, wir dürfen die heilige Jungfrau nicht vergessen, die so gut gewesen ist, begannen wir den Rosenkranz.“

Der ganze Augen sprach nun mit ihr das erste Vaterunser durch die fünf wunderbaren Stationen: Die Verkündigung Maria, die Heimührung Maria, die Geburt Christi, Maria Reinigung, und den wieder-gefundenen Jesus. Dann räumte man den Vorgesang „Betrachten wir den himmlischen Erzeugel“ mit so lauter Stimme an, daß die Bauern auf den Kerkern die Köpfe erhoben und dem Zuge nachschliefen, der da jugendlich vorbeislog.

In Mont-de-Maxim ließ Schwester Hyacinthe nach dem Angelus den zweiten Rosenkranz beteten, die fünf schmerzlichen Stationen: Jesus im Garten des Gethsemani, den gepeinigten Jesus, Jesus mit der Dornenkrone, Jesus Kreuzigung und Jesus am Kreuze sterbend. Dann spielte man in dem Wagen, denn vor Bordeaux, wo man erst um 11 Uhr abends aufbrach, gab 3 kleine Aufenthalte. Die Köpfe der Pilger waren mit Lebensmitteln vollgepackt, die Milch, die Bouillon, die Schokolade und die Früchte, welche Schwester Eustachie aus der Kantine geschickt hatte, ungerichtet. Dann wurde brüderlich geteilt; man aß auf den Knien, man rührte einander näher, jedes Knäuel bildete nur noch eine Zufallsinsel, eine Kindermauer, zu der jeder seinen Beitrag lieherte. Als man in Rouen vorbeifuhr, hatte man abgepeißt und packte den Rest des Brotes und die feilenen Papiere wieder ein.

„Meine Kinder.“ sagte Schwester Hyacinthe, sich erhebend, „das Abendgebet.“

Und nun geh es ein verworrenes Gemurre, Pater noster, Ave, eine Gebetsbräutigam, einen Akt der Reue, ein Versehen seiner selbst in Gott, die heilige Jungfrau und die Heiligen, eine Dankagung für den glücklichen Tag, welche in einem Gebet für die Lebenden und für die dahingeschiedenen Gläubigen ausklang.

„Ich sage Ihnen jetzt schon.“ fuhr die Nonne fort, „daß ich um zehn Uhr, wenn wir in Lamotte sind, Eilige gebieten werde, aber ich hoffe, Sie werden vernünftig sein, und man wird wohl nicht nötig haben, Sie einzuzwängen.“

Diese Bemerkung rief Lachen hervor. Es war halb neun Uhr, und die Nacht war langsam über die Landschaft hereingebrochen. Nur über den Hügel lag noch die unbestimmte, schwebende Dämmerung, während eine dicke Schattenschleise die Liebenauer entranke. Der Zug jagte mit vollem Dampf in eine angeheulte Ebene hinab; man sah nur noch jenes Schattennetz, in dem er unter einem fernbesten, schwarzblauen Himmel dahinschleifte.

Seit einem Augenblick wunderte sich Pierre über das Benehmen der Grivotte; während die Pilger nach Franken, zwischen die Gepädrücke gelangt, welche das beständige Schütteln hin- und hergeschleift, bereits einschlammerten, hatte sie sich ganz gerade erhoben und klammerte sich in plötzlicher Angst an die Scheideband. Und unter der Lampe, deren blaues gelbes Licht hin- und herstrahlte, erschien sie mit dem kalten, verzerrten Gesicht gleichsam von neuem abgemagert.

„Gnädige Frau, geben Sie auf, sie wird fallen.“ rief der Priester Franz von Jouanville zu, welche mit geschlossenen Wimpern dem Einstimmen nachgab.

Diese sah hastig auf. Schwester Hyacinthe hatte sich indes bereits mit lebhafter Bewegung umgewandt. Sie nahm die Grivotte, welche ein wahrer Hysterianfall auf die Bank niederwarf, in ihre Arme. Zwei Minuten hindurch wurde die Kerker von einem Anfall überschattet, daß ihr armer Körper krachte. Dann brach ein roter Strom hervor, und sie spuckte Blut aus vollem Halse.

„Mein Gott, mein Gott, es packt sie wieder.“ rief Franz von Jouanville verzweifelt. „Sahnte es, als ich sie so seltsam sah. Warten Sie, ich werde mich zu ihr setzen.“ Die Nonne wies sie indes ab.

„Nein, nein, gnädige Frau, schlafen Sie ein wenig, ich werde wachen. Sie sind nicht daran gewöhnt, Sie würden sich schließlich auch noch krank machen.“

Sie ließ sich nieder und beittete den Kopf der Grivotte, deren blutige Lippen sie trocknete, an ihre Schulter. Der Anfall beruhigte sich, aber die Schwäche wurde wieder so groß, daß die Unglückliche nur mit Mühe stammeln konnte:

„D, es ist nichts, es ist durchaus nichts; ich bin geheilt, vollständig geheilt.“

Pierre war bestürzt. Dieser niederschmetternde Rückfall hatte den Wagen mit Entsetzen erfüllt. Viele erhoben sich und blickten mit Schrecken an sich. Dann kauerten sie sich wieder in ihren Winkel, niemand sprach, niemand rührte sich mehr. Und Pierre dachte an den erstaunlichen medizinischen Fall, den dieses Mädchen bot; die dort unten wiederhergestellten Kräfte, der starke Appetit, die weiten Wange, das strahlende Gesicht, die tangenden Glieder, dann das ausgepuderte Blut, dieser Husten, dieses bleisfarbene Gesicht einer Sterbenden, die brutale Rückkehr der Krankheit, die trotzdem Siegerin blieb. War das eine ganz besondere Schwindelkrankheit, die durch eine Neurose noch vermindert wurde? War das irgendeine andere Krankheit, ein unbekanntes Uebel, welches ruhig sein Werk inmitten widersprechender Diagnosen fortsetzte? Das Meer der Irrtümer und der Unwissenheit begann, diese Schattenschleise, mit welcher die menschliche Wissenschaft noch immer kämpft. Und er sah wieder den Doktor Chaffaigne verächtlich die Achseln zucken, während der Doktor Bonami ruhig, unerschüttert seine Arbeit, die Heilungen festzustellen, in der absoluten Gewißheit fortsetzte, daß niemand ihm die Unmöglichkeit seiner Wunder beweisen würde, ebenso wenig wie er selbst die Möglichkeit derselben hätte begründen können.

„D, ich habe keine Furcht.“ sammelte die Grivotte noch immer, „Sie haben es mir ja da unten alle gesagt, ich bin geheilt, vollständig geheilt.“

Der Zug rollte immer weiter durch die schwarze Nacht dahin. Jeder trat seine Vorkehrungen und streckte sich aus, um bequemer schlafen zu können. Man zwang Frau Vincent, sich auf der Bank anzuspreizeln und gab ihr ein Kopfkissen, auf dem sie ihren armen, schmerzgefüllten Kopf betten konnte.

Erst nach dem kurzen Aufenthalt in Bordeaux, um halb zwölf Uhr, kehrte der Schlummer wieder und bemächtigte sich des ganzen Wagens.

(Fortsetzung folgt.)

Der Schlichter diktiert

Schiedspruch für die Metall- und Hüttenarbeiter in Oberschlesien

Am 1. Januar sollte die Verordnung vom 16. Juli 1927 in den Metall- und Hüttenbetrieben durchgeführt werden.

Nun steht der 1. April vor der Tür — und an Stelle des Reichsarbeitsministers befehlt der kapitalistische Schlichter: „Die ober-schlesischen Metallarbeiter haben weiter zu hungern.“

Als zum 30. April 1928 bleiben die bisherigen Arbeitsbedingungen bestehen, ab 1. Mai 1928 nur noch in denjenigen Betrieben, für die vom Reichsarbeitsminister Ausnahmen geplant sind.

Ab 1. Mai 1928 soll dann für die Betriebe, die nicht unter die Ausnahme fallen, der Achtstundentag durchgeführt werden, d. h. nur am Sonnabend, an den anderen Tagen sind anderthalb Stunden Mehrarbeit zu leisten.

Die vor „Arbeiterfreundlichkeit“ triebende Zentrums- und SPD-Presse hat sich dem Schiedspruch des kapitalistischen Schlichters gegenüber als „Arbeiterfreund“ betitelt.

Für den Deutschen Metallarbeiterverband ist dieser Schiedspruch unannehmbar. Jetzt rückt sich die bisherige Kampfpolitik, die Sorglosigkeit, mit der man den 1. April herankommen ließ.

Die Metallarbeiter bürden sich dem Schiedspruch nicht fügen. Sie müssen ihre Organisationen beauftragen, Kampfmaßnahmen zu treffen.

1871 als Vorkäufer des russischen Sowjetstaates. Ein Rundschreiben des Hauptvorstandes zur Lohnbewegung wurde einer scharfen Kritik unterzogen und wurde verlangt, daß nicht vor dem letzten gewerkschaftlichen Mittel, dem Streik, zurückgeschreckt werden dürfe.

Ebenfalls kurz vor dem Abschluß der schändlichen Vereinbarung fand in Schwelbitz eine öffentliche Eisenbahnerversammlung statt, in der Kollege Girndt das Referat hielt.

Während des kurzen, aber mächtigen Schlagworts Girndts verließen die von der SPD. entlassenen 12 Hochposten fluchtartig den Saal.

Der Bericht aus Oppeln und Schwelbitz zeigt deutlich, daß die Mitgliedschaft zum Kampf bereit war — und noch ist. Trotz dem hat der Hauptvorstand der schändlichen Vereinbarung zugestimmt.

Das Geheimnis der Lutatsche behandelt die Märznummer der „Urania“. Kulturpolitische Monatshefte über Natur und Gesellschaft, die auf die Erscheinungen des Frühlings abgestellt ist.

Rundfunk-Programm

- Freitag, 30. März, 16.30: Funkkapelle, Ouvertüren. 18: Die Schöpfung. 18.50: Gleichzeitige Hörsendungen aus Oberschlesien. 19.20: Jakob Schäffner liest aus eigenen Werken.

Eisenbahner, wehrt Euch!

Einen Tag vor der gestern besprochenen Vereinbarung zwischen Reichsbahndirektion und Gewerkschaftsführern fand in Oppeln eine nochmalige Mitgliederversammlung des Einheitsverbandes statt.

Munition IST JEDER PFENNIG FÜR DEN WAHLFONDS DER K.P.D.

Werbt Freunde für die Kalkifloro Zahnpasta. Der beste Werber erhält 2000,- in bar. Der 2. beste Werber erhält 1000,- in bar. Der 3. beste Werber erhält 500,- in bar.

Gewerkschaftshaus-Lichtspiele. Heute Donnerstag bis einschließlich Sonnabend, d. 31. März täglich 5 und 8 Uhr: Die Vorbestraften. Vereinigte Theater Breslau.

Schauspielhaus Breslau. Operettenbühne. Täglich 20 Uhr Wiederauftreten Anny Ahlers. „Der Zarewitsch“.

Stadttheater Breslau (Opernhaus). Mittwoch, 20 Uhr Abonnements-Vorstellung Serie B 16 Das Wunder der Peziane.

Möbel. Küchen, kompl. 7-tlg. von 80,- Mk. an. Schränke, pol., 2-tlg. von 60,- Mk. an. Ausziehische. von 22,- Mk. an.

Die Spaltungsoffensive der Gewerkschaftsbürokratie

Von Arthur Gwert

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung steht erneut vor einer schweren Krise, wenn es nicht gelingt, die Ausschlußmaßnahmen, die Auflösung ganzer Ortsgruppen seitens der Gewerkschaftsbürokratie durch die vereinte Kraft der Mitglieder der Gewerkschaften zurückzuschlagen.

Immer stärker zeigt sich der Wille des Unternehmertums und des bürgerlichen Staates, die Gewerkschaften zu Exekutivorganen des organisierten Unternehmertums zu machen. In den stürmischen revolutionären Zeiten war das Mittel dazu die auch formal abgeschlossene Arbeitsgemeinschaft zwischen dem Trustmagnaten Stinnes und Legien, dem verstorbenen Vorsitzenden des ADGB. Heute ist es neben der Züchtung der Ideologie des Wirtschaftsfriedens und der Wirtschaftsdemokratie, vor allem die Schlichtungsmaschine, die das Streikrecht einschränkt. Auf der Basis der Unterordnung unter die Zwangsschiedsprüche der Schlichter des kapitalistischen Staates entwickeln die sozialdemokratischen Gewerkschaftsleitungen immer offener ihre Politik der Abwärtzung jedes bedeutenden Arbeiterkampfes, insbesondere für die wichtigsten Industrien.

Weil diese Politik auf immer schärferen Widerstand der Massen stößt, weil infolge gesteigerter Ausbeutung und des wachsenden Einflusses der Kommunisten in den Gewerkschaften erneut der Zeitpunkt herannäht, wo trotz der Fesselung durch Schiedsprüche große Arbeiterkämpfe über Deutschland brausen werden, darum die verstärkte Ausschlußarbeit gegen die revolutionäre Opposition in den Gewerkschaften.

Der zweite Grund für die neue Offensive der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer gegen die revolutionären Gewerkschaftsmitglieder ergibt sich aus den Notwendigkeiten der Koalitionspolitik des Parteivorstandes der SPD. mit den politischen Vertretern des Trustkapitals. „Heraus aus der Scheinopposition, hinein in den Bürgerblock“, das ist die Losung der sozialdemokratischen Koalitionspolitik. Zum Zwecke der Wahlpropaganda wird diese arbeitgeberfeindliche Losung mit der betrügerischen Phrase „Kampf gegen den Bürgerblock“ verschleiert. Durch den Betrug der Arbeitermassen soll bei den Wahlen die parlamentarische Basis für die große Koalition mit den entscheidenden Teilen der deutschen Bourgeoisie geschaffen werden. Schon jetzt aber geben SPD und ADGB und Trustkapital ihre Klientel ab: „Mit uns werdet Ihr die Arbeiterklasse leichter im Raum halten, die Kommunisten besser bekämpfen, jeden Streik leichter abwürgen können.“ Die verschärfte Kommunistenhege der reformistischen Bürokratie, die neuen Ausschüsse aus den Gewerkschaften sollen den Beweis der absoluten Zuverlässigkeit des Reformismus als besten Bundesgenossen gegen die Arbeiterklasse erbringen.

Der dritte Grund für dieses Vorgehen der Gewerkschaftsbürokratie ist die Notwendigkeit der Anpassung und Unterstützung der reformistischen Politik an die aggressive imperialistische Außenpolitik des deutschen Trustkapitals. Die deutsche Bourgeoisie vollzieht immer entschiedener ihre Wendung in die Anti-Sowjetfront. Darum die Hege wegen der Verhaftung einer Anzahl deutscher Stahlhelm-Jugenteure, die ihrer Aburteilung wegen fortrevolutionärer Tätigkeit in der Sowjetunion entgegenstehen. An der Spitze der antibolschewistischen Front marschieren — von wenigen Ausnahmen abgesehen — die sozialdemokratische Presse — ähnlich wie bei der Kriegshege 1914—1918. Deshalb auch der Versuch, die Genfer Abordnungsdelegation der Sowjets zu diskreditieren. „Britischer Spott in Genf“ ruft entzückt das Presserepül des Parteivorstandes, der „Vorwärts“. Planmäßig, Tag für Tag, verbindet die sozialdemokratische Presse die Einschläferung des Proletariats vor der drohenden Kriegsgefahr mit einer aktiven Propaganda für die sowjetfeindlichen Interessen des deutschen Kapitalismus.

Aus diesem Grunde auch gehen besonders in der strategisch wichtigsten Gewerkschaften die sozialdemokratischen Führer zu bisher noch nicht dagewesenen Angriffen gegen die revolutionäre Opposition über. Der Hauptvorstand des Metallarbeiterverbandes setzte die oppositionelle Ortsverwaltung in Remscheid ab, entsetzt in Solingen den Bevollmächtigten des ADGB, Genossen Rautenbach, seiner Funktion, versucht jeden Gewerkschaftsfunktionär und selbst kommunistische Stadtverordnete und Vertreter in anderen Parlamenten zu Organen der Durchführung sozialdemokratischer Politik zu machen.

Der Hauptvorstand des Eisenbahnerverbandes löst die oppositionellen Ortsgruppen in D i s t r i k t e n, darunter die zu über 90 Prozent hinter den Kommunisten stehende Ortsgruppe K ö n i g s b e r g auf. Die tätigen und aktivsten Kämpfer für die Eisenbahner sollen nicht mehr in den Verband aufgenommen werden. Allen übrigen Mitgliedern wird ein Revers zur Unterschrift vorgelegt, der nicht nur politisch schamlos ist, sondern auch von jedem Mitglied verlangt, daß er dem Hauptvorstand Vollmachten erteilt, die über das Statut der Organisation hinausgehen. Es ist überflüssig zu sagen, daß ein Mitglied nicht das Recht hat, dem Hauptvorstand derartige Vollmachten zu geben, noch daß der Hauptvorstand das Recht hat, sie zu verlangen.

Der Bergarbeiterverband kündigt ebenfalls Ausschüsse oppositioneller Kameraden an. Zeitweise hat er sie bereits eingeleitet. Dasselbe bereitet sich in anderen wichtigen Organisationen vor.

Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer wollen, wie es ihnen 1914 bis 1918 gelungen ist, die Gewerkschaften zu Trägern der imperialistischen Politik der deutschen Bourgeoisie machen. Damit diese Rolle im Sinne der deutschen Schwerindustriellen und Bankiers durchgeführt werden kann, sollen die revolutionären Kräfte in den Gewerkschaften lahmgelegt und ausgeschlossen werden.

Aber die Gewerkschaftsbürokratie läßt sich nicht unisono hat das deutsche Proletariat 14 Jahre Kriegs- und Nachkriegsentwicklung durchgemacht. Die kommunistische Partei wird im Grunde mit allen christlichen parteilosen und sozialdemokratischen Arbeitern vor der gesamten Arbeiterklasse, vor allen Gewerkschaftsmitgliedern, die der deutschen Arbeiterbewegung durch das Vorgehen der sozialdemokratischen Führer drohende Gefahr in ihrer ganzen Größe aufrollen. Keine Provokation dieser Führer wird die Kommunisten von den Massen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter isolieren. Jetzt erst recht gilt es, eine verstärkte Vorbereitung für die freien Gewerkschaften, durch gesteigerte Arbeit in ihnen, durch höchste Aktivität in allen Wirtschaftskämpfen zu beweisen, daß die Kommunisten die aktivsten und erprobtesten Kämpfer für die Arbeiterklasse sind. Mit dieser Arbeit wird die kommunistische Partei ihren Kampf für die Beseitigung der reformistischen Gewerkschaftsführer und deren Ersetzung durch revolutionäre Arbeiter verstärken. Dabei muß es die Aufgabe jedes Kommunisten sein, mit allen Arbeitern, die gegen die Spaltungspolitik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer sind, einen festen und einheitlichen Kampfblock zu schaffen.

tionäre Arbeiter verstärken. Dabei muß es die Aufgabe jedes Kommunisten sein, mit allen Arbeitern, die gegen die Spaltungspolitik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer sind, einen festen und einheitlichen Kampfblock zu schaffen.

Finanzdebatte im Reichstag

(Fig. Drahtber.) Berlin, 20. März.

Gestern gab es im Reichstag bei der allgemeinen Finanzverwaltung noch mal eine große Debatte. G i l l e r d i n g (SPD) stellte fest, daß die Einnahmesteigerung an Steuern hauptsächlich von den breiten Massen getragen wird. Dr. D u a c h (Dtn.) betont, daß an den „kleinen Ausgaben“ für die Landesverteidigung nichts eingespart werden könne.

Genosse Neubauer: Die Steuerlast für Reich, Länder und Gemeinden ist von 4 Milliarden im Jahre 1918 auf 10 Milliarden im Jahre 1925 gestiegen und wird in diesem Jahre die schwindelhafte Höhe von 13 Milliarden erreichen! Das bedeutet eine Verdreifachung der Steuerlast, die aus den werktätigen Massen herausgepumpt wird.

Diese Steuerlast brüht das Lebensniveau der Arbeiter, pfändet den kleinen Bauern und stiehlt der gesamten arbeitenden Klasse das Brot vom Tisch. Sämtliche Parteien, die in den vergangenen Jahren diese Finanz- und Steuerpolitik mitgemacht haben, werden mit lauten Meinungen beschwören, daß sie unschuldig sind. Es ist dabei schwer zu sagen, welcher von den Parteien bei diesem Betrügerei der Demagogie die Palme gebührt.

Die Verantwortung für die Steuergehele ist von allen Parteien ungefähr gleichmäßig zu tragen. Aber Sie sind so gewissenlos, diese Verantwortung von sich abzuwälzen. Allein die Kommunistische Partei hat ihre Anträge im Interesse der Arbeiter und der kleinen Beamten und Angestellten ebenso wie für den werktätigen Mittelstand und den schaffenden Landmann gestellt. Sie haben alles abgelehnt, und statt dessen Milliarden an die Trusts, Konzerne und das Junkertum als Liebesgaben gegeben. Im kommenden Wahlkampf wird die Front der arbeitenden Klasse gegen die Front der Ausbeuterklasse einen neuen und stärkeren Vormarsch antreten.

Dietrich (Dem.) opponiert gegen den Reichsfinanzminister, Dr. Cremer (D. Rp.) betont, daß richtunggebend für die Finanzpolitik jetzt die Schonung der Steuerkraft der Wirtschaft sein müsse.

Reichsfinanzminister Dr. Köhler ist plötzlich für größte Sparsamkeit.

Hierauf wird der Haushalt gegen Kommunisten, Sozialdemokraten und Demokraten angenommen.

Aus aller Welt

Ein Muster politischer Lumpenhaftigkeit:

Diese Karikatur brachte der Berliner „Vorwärts“ am 28. 3. und wird ihm wohl die gesamte SPD-Propagandapresse nachdrucken. Eine unglaubliche politische Verkommenheit spricht aus dieser offensichtlich Verhöhnung des sozialistischen Aufbaues in der Sowjetunion. Die Partei, die die Vermeidung von Korruption auf dem Gewissen hat und erst in den letzten Tagen den Marinestandal hat verurteilen helfen, diese Partei wagt es, mit derartigen Machwerken die Entlastungsoffensive für die verhafteten Saboteure im Don-Bassin zu ergreifen. Die SPD-Presse meint, daß eine solche Sabotage in Deutschland nicht möglich wäre. Nun, sabotieren und ruinieren nicht große kapitalistische Interessengruppen systematisch selbst kommunale Betriebe, wie Gas, Wasser, Elektrizität, Verkehr usw., um diese Betriebe und ihre Kommunalisierung zu diskreditieren? Wie hat die SPD. diese Sabotage beantwortet? Sie hat gegen billiges Geld und etliche Direktorendosen in vielen Städten (Berlin ist dafür li. stiches Beispiel) diese kommunalisierten Betriebe an die Saboteure verschachert.

Nieder die Spezialisten!



Schreiben wir: Zeure Towaritschi! Statt der angeforderten Hartkohle kann der Zentrallieferungsverband leider nur Weichkohle liefern. Sollten eure Maschinen darunter leiden, so verhaftet ein paar von euren Ingenieuren.

Erdbeben in der Provinz Udine

Zehn Tote, vierzig Verletzte

In der italienischen Provinz Udine brach am Dienstag ein Erdbeben aus. Nach dem „Messaggero“ sind bis jetzt zehn Tote und 40. Verwundete festgestellt. Man nimmt aber an, daß sich die Zahl der Opfer noch erhöhen wird, weil mit mehreren Orten jedwede Verbindung unterbrochen ist. Das Hauptzentrum des Erdbebens lag in den Gemeinden von Verzegnis und in der Gemeinde Cavazzo. Tolmezzo hat ebenfalls stark gelitten. Fast ein Drittel aller Häuser sind so stark beschädigt, daß sie für unbenutzbar erklärt werden mußten. Unter anderem mußte das Krankenhaus geräumt werden, da es Risse bekommen hatte. Die Kranken wurden nach Udine gebracht. Der Turm des Domes von Tolmezzo ist in Gefahr zusammenzubrechen. Auch die anderen Kirchen haben Schaden gelitten, ebenso das Gericht und die Kaserne der Alpini. Die Bevölkerung ist in Zelten notdürftig untergebracht.

Das Erdbeben auch in Oberbayern verspürt

In Rosenheim, Bad Reichenhall und zahlreichen anderen Orten Oberbayerns wurde das schon gemeldete Erdbeben wahrgenommen. In hochgelegenen Wohnungen blieben Uhren stehen. Die Fenster klirrten. Sitzende Personen verspürten eine leicht schaukelnde Bewegung

Flugierter Raubüberfall

Am Dienstag gegen 16 Uhr wurden Ueberfallkommando und Kriminalpolizei nach dem Hause Feld-Neuter-Allee 47 in Brigg gerufen, wo der 16jährige Kassenbote Konrad Mahlow im Eingang des Hauses nach lauten Hilferufen anscheinend bewußtlos auf dem Boden aufgefunden wurde. Der Ueberfallene gab an, daß er von drei jungen Leuten zu Boden geworfen und seiner Selbsttaste mit 750 Mark Inhalt beraubt worden sei. Als er auf dem Boden lag, hätten die Rebellen mehrere Schüsse auf ihn abgegeben, ohne ihn jedoch zu verletzen. Der Kriminalpolizei fielen die ungenauen Angaben des angeblich Ueberfallenen auf. Sie brachte ihn nach dem Polizeipräsidium, wo er das Geständnis ablegte, daß er mit einigen Freunden den Raubüberfall vorgetäuscht habe. Das Geld habe er

mit seinen Kameraden teilen wollen. Die Beamten konnten den größten Teil der geraubten Summe noch in der Nacht herbeischaffen.

Ein russisches Dorf von chinesischen Banditen überfallen

Aus Moskau wird gemeldet, daß an der russisch-chinesischen Grenze in der Nähe vom Gebirge Sutschan chinesische Banditen ein russisches Dorf überfielen, in welchem sie acht Bauern erschossen. Das herbeigekehrte russische Militärkommando nahm ein Feuergefecht mit den Banditen auf und erschloß vier der Räuber. Während des Kampfes wurde das Dorf in Brand gesetzt.

100 Todesopfer der Ueberschwemmungskatastrophe in Sacramento

Die Ueberschwemmungskatastrophe in und bei Sacramento (Kalifornien) hat nach den letzten Schätzungen 100 Menschenleben gefordert. Der Sachschaden beträgt viele Millionen. Zahlreiche Ortschaften und Einzelfarmen stehen unter Wasser. Infolge des anhaltenden Regens sind die Flüsse weiter im Steigen begriffen.

Nicht nachlassen

Auch für kommenden Sonnabend muß jede Ortsgruppe und jeder Kolporteur die „Wochenausgabe“ bestellen.

Noch heute

per Brief abgeandt, erreicht die Bestellung rechtzeitig den Verlag.

Gerade jetzt

angeichts der bevorstehenden Wahl, gilt es, möglichst große Massen mit der „N. Z.“ in Berührung zu bringen.

Oberschlesien

Das Gesicht der „völkerbefreienden Sozialdemokratie“

Von F. Magau, Gleiwitz

Die sozialdemokratischen Führer von Wels bis herunter zu Etelling, Kojik, Rowak, Franz, Hamedel werden auf einmal sehr geschwätzig und lebendig. Sie machen in Klassenkampf, sie machen in Religion, sie machen in Nationalismus sowie im Internationalismus. Alles zusammengenommen trägt in ihrer Sprache die Bezeichnung „gerechtes Gefühl und aufrechte Gesinnung“.

Was ist es nun, was diesen alten, verfallenen, bürokratischen und korumpierten Parteiapparat so in Bewegung bringen kann? Es geht um das A und O sozialdemokratischer Politik, es geht um die Wahlen, es geht um die Wählerkassette.

Für die Arbeiterklasse, für die wertvolle Bevölkerung aber geht es um höhere Löhne und längere Arbeitszeit. Gerade bei diesen Forderungen zeigen die reformistischen Führer ihr arbeiterspezifisches Gesicht. Die von den kapitalistischen Schlichtern gestellten Schlichter werden den Arbeitern auf das wärmste empfohlen und als großer Erfolg hingestellt.

„Durch Kampf zum Sieg“ überschreibt das „Vollblatt“ seinen Bericht vom Bezirksparteitag. Der Kampf mit dem Stimmgelächel soll die Macht der Bourgeoisie brechen, die kapitalistische Gesellschaftsordnung soll durch die Koalitionspolitik überwunden werden, das heißt, mit Hilfe der Bourgeoisie will die Sozialdemokratische Partei den Sozialismus verwirklichen.

Die Staatsgewalt ist überall ein Organ der Klassenherrschaft. Der Klassenkampf zwischen dem Proletariat und den besitzenden Klassen ist aber so gewaltig, daß das Proletariat nie mit einer besitzenden Klasse zusammen im Staate herrschen kann.

Eine proletarische Partei in einer bürgerlichen Koalitionsregierung wird stets mitschuldig werden an Handlungen zur Niederhaltung des Proletariats, die ihr dessen Mißachtung einbringen, und dabei doch stets durch das Mißtrauen ihrer bürgerlichen Wähler eingengt bleiben und an jeder erzieherischen Tätigkeit dadurch verhindert werden.

Der Etelling wieder auf dem Bezirksparteitag der SPD.

Drei Voraussetzungen sind notwendig, um den Sieg des Sozialismus zu erringen: Überwältigung der Wirtschaft zur Sozialisierung, die erste Bedingung scheint heute bereits erfüllt zu sein. Die Schlüsselindustrie des Eisens und der Kohle ist heute reich zur Sozialisierung. Aber die zweite Voraussetzung ist heute noch nicht erfüllt: Die Menschen sind noch nicht reif für den Sozialismus.

sozialistische Gesellschaftsordnung reif gemacht werden. Darum geht es bei den Wahlen im kommenden Monate.

Kautsky, der heutige Kautsky, stellte dagegen 1900 in seiner Broschüre fest: „Im Jahre 1891 meinte Engels noch, es wäre ein großes Pech für uns, wenn ein Krieg ausbräche, der die Revolution nach sich zöge und uns aus Ruher brächte, da dies vorzeitig geschähe... Seitdem hat sich die Situation sehr geändert, das Proletariat ist heute so erstarbt, daß es einem Kriege mit mehr Ruhe entgegensehen darf, und es kann nicht mehr von einer vorzeitigen Revolution gesprochen werden... Unser Reformierungsgebiet beträgt heute wohl dreiviertel der Bevölkerung, wahrscheinlich noch mehr, die Zahl der für uns abgegebenen Stimmen noch kein Drittel aller wählenden, einviertel aller Wahlberechtigten. Aber das Tempo des Fortschritts wird mit einem Schlage ein rapides, wenn Zeiten revolutionärer Gärung kommen. Es ist ganz unglücklich, wie rasch in solchen Zeiten der Empörung die Masse lernt und zur Arbeit über ihre Klasseninteressen gelangt. Nicht nur ihr Mut und ihre Kampflust, sondern auch ihr politisches Interesse wird aufs mächtigste angeschärft durch das Bewußtsein, daß der Moment gekommen ist, sich endlich aus finsterner Nacht zu heller Sonnenglorie emporzuheben. Selbst der Trägheit wird emsig, selbst der Feigheit Kühn, selbst der Beschränktheit erhält einen weitern Blick. In solchen Zeiten vollzieht sich in Jahren eine politische Erziehung der Massen, die sonst Menschenalter gedauert würden.“

Da heute die Sozialdemokratische Partei den Arbeitern nichts mehr zu bieten hat, greift sie zum Mittel der Religion. Herr Holmar Djosowski, Mitglied des Staatsrats, schreibt im „Vollblatt“ vom 15. März: „Dem Volke die Religion nehmen, wäre ein Verbrechen, denn man würde Millionen von Menschen den einzigen Lichtblick in ihrem Elend, in ihrer Not, die Hoffnung auf ein besseres Jenseits verkümmern.“ Was braucht ihr Arbeiter höheren Lohn, bessere Wohnungen usw.? Ihr habt ja einen Lichtblick, eine Hoffnung auf ein besseres Jenseits. Können sich die Kapitalisten bessere Diener wünschen?

Es besteht absolut kein Unterschied mehr zwischen der kapitalistischen Zentrumspartei und den Führern der Sozialdemokratie.

Bezirkskonferenz Oberschlesien der SPD. am 1. April 1928 in Gleiwitz

Die Bezirksleitung ruft hiermit für Sonntag, den 1. April, vormittags 10 Uhr nach Gleiwitz, Gewerkschaftshaus, Cejcler Str. 3, eine Bezirkskonferenz ein.

Teilnahme- und Stimmrecht haben alle Pol- und Org.-Leiter der Ortsgruppen, die Pol- und Org.-Leiter der Unterbezirke sowie alle RL-Mitglieder.

Tagesordnung:

- 1. Bericht über die wirtschaftlich-politische Lage. Diskussion.
- 2. Stellungnahme zu den Parlamentswahlen.

Ein pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht

Die Bezirksleitung.

Genossen und Genossinnen des NSD!

Kameraden der Roten Jugendfront!

Küht zum 11. Bezirks-Jugendtreffen am 8. und 9. April in Gogolin.

Führertagung des NSD.

Freitag (Karfreitag), den 6. April, um 9 Uhr, in Sandzjin, findet im Restaurant „Einquelle“ eine Führertagung sämtlicher Ortsgruppen- und Abteilungsleiter sowie der Betriebsgruppen- und Untergruppenführer des NSD, Gau Oberschlesien, statt. Bundeskleidung ist anzulegen. Mitgliedsbuch ist mitzubringen.

Gleiwitz

Heraus zur Waffenkundgebung

Anschließend an die Bezirkskonferenz findet am Sonntag, dem 1. April, nachmittags 5 Uhr auf dem Ring eine

Waffenkundgebung

statt. Es spricht Reichstagsabgeordneter Genosse Gschke über Wirtschaftskämpfe — Truistaxial — Staat und die bevorstehenden Wahlen.

Berkünftige, sorgt für Massenbesuch!

Eine neue Zweigbücherei im Hüttenrevier. Nun sind die Vorbereitungen für die Einrichtung einer neuen Zweigbücherei der Stadtbücherei Gleiwitz im Hüttenrevier soweit fortgeschritten, daß in den nächsten Tagen an die Eröffnung dieser Zweigstelle gegangen werden kann. Bereits vor zehn Jahren bestand sich in diesem Bezirk eine Volksbücherei, die auf der Fabrizzer Straße in einem Privathaus eingerichtet war. Durch Abgabe der Räume an die Flüchtlinge und durch Störung der Belieferung wurde diese Volksbücherei eingestellt. Jetzt ist die Stadtbücherei dazu übergegangen, in der Hüttenstraße, gegenüber der Schule III, eine Zweigbücherei vollständig neu einzurichten. Mit der Eröffnung dieser Zweigbücherei ist am Anfang des Monats April zu rechnen.

Achtung, Freunde! Sonnabend, den 31. März, 20 Uhr, im Vereinslokal „Zum Grafen Rolke“, Bahnhofstraße 24, Zusammenkunft zur Besprechung der Tagesfragen. Gäste willkommen!

Der öffentliche Platanenschlag in Gleiwitz wird vom 1. April ab durch das Verkehrsamt der Stadt Gleiwitz ausgeführt. Annahmestelle ist das städtische Reisebüro, Ring 19. Dasselbst wird an Interessenten die Tarif- und Anschlagordnung kostenlos abgegeben. (Siehe Anzeige in der heutigen Ausgabe.)

Beuthen

Alle wertvollen Frauen kommen am Freitag, dem 30. März, um 19.30 Uhr in das Lokal Neumann zu dem von der SPD veranstalteten öffentlichen Frauenabend!

Oppeln

Erwerbslosenkundgebung!

Gleich am Arbeitsnachweis, unter freiem Himmel, wurde in Oppeln die in allen deutschen Städten stattfindende Erwerbslosenkundgebung abgehalten. Der Besuch war, trotz schlechter Vorbereitung, doch besser als bei den Saalveranstaltungen. Genosse Strandt sprach im Auftrag der kommunistischen Stadtvereine über die Forderung einer Wirtschaftspolitik, die jetzt zu Dürren (da bei vielen Erwerbslosen Kinder in die Schule gehen oder aus der Schule treten) zur Bekämpfung der notwendigen Ausgaben Verwendung finden soll. Ebenso sind die Unterstützungsgelder so niedrig, daß alle verheirateten und ledigen Erwerbslosen eine besondere Verwendung unbedingt benötigen. Da vor Dürren keine Stadtverordnetenversammlung stattfindet, soll dieser Antrag gleich in der ersten Sitzung nach Dürren gestellt werden. Die Erwerbslosen können aber nur dann auf Erfolg rechnen, wenn sie selbst recht zahlreich zu dieser Sitzung erscheinen und den nötigen Nachdruck geben. Nachdem noch einige andere Fragen über Auslieferung aus der Preisfürsorge besprochen worden waren, wurde die Kundgebung geschlossen.

Macht nach! Am 30. März müssen die Teilnehmerlisten zum Bezirksjugendtag, die an die Partei-Ortsgruppen versandt worden sind, an die Unterbezirksleitung der NSD, Oppeln, eingekandt werden. Bis jetzt hat erst die Ortsgruppe Dombrawa a. b. D. die Liste eingekandt und die Teilnehmer angegeben mit dem Bemerkung, daß diese bestimmt erscheinen. Parteigenossen, folgt diesem Beispiel! Unterbezirksleitung der NSD, Oppeln.

Das Arbeitsamt macht Klage für katholische Vereingene! Im Arbeitsamt Oppeln wird viel Unfug gemacht. Auch als Klagegegenstände werden die Briefkästen verwendet. In der vorigen Woche hing im Zimmer von Fräulein Hoffmann eine Ankündigung für einen Vortrag des katholischen Frauenvereins über das „Eckament der Ehe“. Wir halten das für eine bemerkte einseitige Beeinflussung. Auf Beschwerde einer Jungkommunistin über dieses Plakat wurde geantwortet: „Gehen Sie doch zu Fräulein Höfer!“ Fräulein Höfer können wir zu gut, um zu ihr mit einer Beschwerde zu gehen. Von der verantwortlichen Stelle verlangen wir aber, daß sie diesen beiden Fräulein mehr auf die Finger sieht. Die Arbeitslosen müssen geschlossen gegen solche Übergriffe protestieren!

Das schöne Wetter bringt einer Anzahl Arbeitslosen Notstandsarbeit. Die Kollegen, die solche bereits gemacht haben, wissen, daß auf den Baustellen die tollste Willkürherrschaft besteht. Um sich dagegen zu wehren, muß man zu allererst dem Verband beitreten und energische Vertrauensleute wählen!

EDEL-BULGAREREN

Das ist die edelste Gd-Zigarette

Kurz-, Weiß-, Wollwaren
Erwin Neumann
Breslau, Klosterstrasse 115/117

Bei Wilhelm Vogel
kaufman
Schuhwaren aller Art
gut und preiswert
Friedr.-Wilm.-Str. 65 Gröbtschener Str. 19/21

Metallbetten
Auflegematrassen aus eigener Werkstatt
Koppel & Talerka, Hindenburg
Kronprinzenstraße 127 — Telefon 3190
Beuthen, Pieler Str. 23
Telephon 2048, 2049

Der öffentliche Platanenschlag in Gleiwitz
wird ab 1. 4. 1928 durch das Verkehrsamt der Stadt Gleiwitz ausgeführt.
Annahmestelle für Platanen
ist das städtische Reisebüro Ring 19. Dasselbst kostenlose Abgabe der Tarif- und Anschlagordnung an Interessenten.
Verkehrsamt der Stadt Gleiwitz
Ring 19 Fernruf 3441

Niederschlesischer Provinziallandtag

Breslau, 20. März.

Die Mittwochsitzung des Provinziallandtages, die mittags um 1 Uhr begann, war kurz, weil der Nachmittag für Besichtigungen und der Abend für Vorbereitung eines Schlesierklubs mit anschließendem „geselligem Beisammensein“ (Bierabend usw.) reserviert war. Ohne Debatte wurde dem Haushaltplan für die Umfaltung des Vorkriegslandes, der Errichtung einer Erbländerschule und der Überführung des Reglements zur Umfassung des Gesebes betreffend die Beschulung blinder und taubstummer Kinder zugestimmt.



Groß Breslau ab 1. April

- 1. Innerer Ring umgrenzte Fläche = das gegenwärtige Breslau.
2. Neuer schwarzer umgrenzte Fläche = das neue Groß-Breslau.
3. Gestrichelte Linie = von der Stadt gefordert, aber nicht eingemeindet Gebiet.

Unter Ausschluß der Öffentlichkeit
Fast jeder Tag bringt bei den hiesigen Gerichts Verhandlungen, bei denen die Öffentlichkeit ausgeschlossen wird. Es handelt sich hier durchweg um Sittlichkeitsdelikte. So wurde ein junger Arbeiterhelfer Arthur H. wegen Sittlichkeitsverbrechen an einem noch nicht 14 Jahre alten Friseurlehrling zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Ein merkwürdiger Fall von „Wohlfahrtspflege“
Uns werden folgende empörende Tatsachen mitgeteilt: Am Universitätsplatz 8 wohnt die 71jährige Frau Emma Bänsch mit ihrer Tochter. Frau Bänsch liegt seit drei Jahren hilflos im Bett, da sie beide keine gebrauchten hat. Im Oktober vorigen Jahres erhielt sie vom Wohlfahrtsamt einen Krankenstuhl. Vor einigen Tagen kam nun in ihre Wohnung die Fürsorgeschwester und machte die Mitteilung, daß der Krankenstuhl vom Wohlfahrtsamt wieder abgeholt werden würde.

Straßensperrung. Wegen Neupflasterung werden die Kurasterstraße (Nordseite) von der Roonstraße bis zur Unterführung vom 26. März bis 18. Juni und die Gräbischener Straße (Nordseite) von der Koblischstraße bis zur Unterführung vom 26. März bis 10. Mai für Fahrzeuge aller Art gesperrt.
Bermittelt wird das 18 Jahre alte Lehrlingchen Klara Bellner, Nummer 18 wohnhaft.
Ein 19 jähriger Student der Medizin auf der Goethestraße beging Selbstmord durch Gasvergiftung.

sehen, ob der Oberbürgermeister z. B. auch die nächste Veranstaltung der J.M.S. besuchen und deren auswärtigen Redner zu sich laden wird. Denn die J.M.S. ist in weit höherem Maße als die Weisarmee (die nur ein Geschäft ist) ein wirkliches Hilfsunternehmen.

Ein Mord zwölf Jahre unentdeckt? Die Kriminalpolizei schreibt: Nach einer bei dem Polizeipräsidenten Breslau eingegangenen Mitteilung soll vor etwa zwölf Jahren ein Mordmörder bei Breslau, welcher angeblich einen Nahesförer zur Ruhe ertötet hat, in einem Teich geworfen worden sein. Der Nachtwächter soll ertrunken sein. Die Nachforschungen der Kriminalpolizei sind auf Grund der Ausfagen eines in einer Leipziger Heilanstalt sitzenden Geisteskranken eingeleitet worden.

Berichtigung. In unserer Montagnummer brachten wir als Termin der Verurteilung von Breslauer Landfriedensbruch („Blutiger Dienstag“) den 25. Mai. Wie uns mitgeteilt wird, findet die Verhandlung jedoch bereits am 21. Mai statt.

Wer hilft? Das Landessekretariat der J.M.S. bitte um Aufnahme folgender Zeilen: Wer ist in der Lage, ein paar Kinder im Alter von 2 1/2 und 3 Jahren in Pflege zu nehmen? Sofortige Nachricht erbittet das Landessekretariat der J.M.S., Neue Taschenstraße 6.

Bodenammerbrand. Am Dienstag, gegen 9 1/2 Uhr, wurde die Feuerwehr nach Klosterstraße 126 alarmiert. Hier war im Bodentau Feuer ausgebrochen. Es brannten einige Bodenammern mit ihrem Inhalt und die Dachkonstruktion. Das Feuer wurde mit zwei Schlauchleitungen angegriffen, wozu eine über das Treppenhäus und eine über die mechanische Leiter von der Straße aus vorgenommen wurde. Es gelang, das Feuer in kurzer Zeit in die Gewalt zu bekommen.

Gewerkschaftshaus-Nachspiele. „Die Vorbestraften“ Diesen Lebensschnitt schrieb ein Zuchthäusler hinter Zuchthausmauern nieder und überlieferte die Aufzeichnungen einem bekannten Filmautoren. Aus den Niederschriften wurde ein Filmanstrich und aus diesem ein Film zusammengestellt. Die Vorstellungen sind für Jugendliche verboten. Beachten Sie bitte das heutige Inserat.

Alle K.K.B.-Kameraden und Parteigenossen sollen sich an der Erwerbslosendemonstration beteiligen und die Demonstrationsleitung bei der Ausübung des Ordnungsdienstes unterstützen.

Mittelschlesien
Deutsch-Lissa. Erwerbslosensammlung. Jeder Erwerbslose aus Deutsch-Lissa und Umgebung besucht die am Freitag, 16. Uhr, stattfindende Erwerbslosensammlung im Lokal „Schwarzer Adler“, Breslauer Straße. Der Landes-Erwerbslosenausschuß.

Oblau. Von einem tödlichen Motorradunfall wurde am Sonntagabend der Gastwirt Melz aus Jacobine betroffen. Er befand sich mit seinem Motorrad auf der Fahrt nach Oblau, als er in Richtung von einem Jagdhunde derartig angesprungen wurde, daß er die Gewalt

über die Maschine verlor und heftig auf die Chaussee stürzte. Der herbeigerufene Arzt stellte fest, daß Melz einen komplizierten Schädelbruch und andere schwere Verletzungen erlitten hatte. Der Verunglückte starb nach wenigen Stunden.

Briefkasten
Sportberichtshatter. Infolge andauernder Kaunnot war es uns bisher nicht möglich, eine Reihe eingegangener Buchstaben unterzubringen. Wir werden bestrebt sein, diese so schnell als möglich nachzuholen.

Versammlungskalender
Die Bezirksleitung hat beschlossen: Die Unterbezirksdelegiertenkonferenzen am 1. April fallen aus. Dafür findet am 6. April (Karfreitag) in Breslau eine Bezirks-Parteiarbeiterkonferenz statt. Alle Ortsgruppen und Unterbezirksleiter müssen an dieser Konferenz vertreten sein. Näheres siehe Rundschreiben!
Parteiveranstaltungen
Breslau.

Stadteil II (Nord). Donnerstag 20 Uhr, Mitglieder der Stadtleitung bei Kommerstorff, Zehnbirer Straße 15.
Stadteil II (Nord). Freitag 20 Uhr im „Vergeltet“ Stadtleitung aller Straßenzellen von 1-7. Referent: Genosse Jansen.

Roter Frontkämpfer-Bund
Breslau.
Abt. 1 (Süd, West, Zentrum). Donnerstag 20 Uhr Mariannensstraße 18 bei Wind.
Abt. 2. Donnerstag 18,30 Uhr Antreten Laurentiusplatz Kapelle vollzählig.

Obers-Revier. Donnerstag 18 Uhr Neuhofstraße der Kapelle im Hagenaustraße. 19 Uhr Kameradschaftabend dabei!
Schmieberg. Sonntagabend 20 Uhr öffentlicher Kameradschaftsabend. Gäste willkommen.
Grünberg. Verband für Freierkultur. Sonntagabend 20 Uhr Mitgliederversammlung im Röhrenhof.

Verantwortlich für den politischen Teil: Anton Donatowski, für „Krieg und Welt“ und „Mittelschlesien“ Wilhelm Wenzel, für „Krieg“ und die anderen Zeilen Alfred Bensch, Assistent in Breslau. Für den literarischen Teil: Fritz Bensch, Assistent. Ihr Verleger: H. Gersch, Breslau.

(Schluß des redaktionellen Teils.)
Ein origineller Wettbewerb. Um dem spärlichen Wettbewerb zuzugehen, hat die Kalliflora-Jahresgabe zu den allerhöchsten Jahrgangsmitteln gehört, obwohl die ganze Erde mit der Pflanzung der Kalliflora-Fabrik einen Wettbewerb, an dem sich jeder gern beteiligen soll, und wobei etwa 10.000 Mark in Bar und in Zeckenen zur Verteilung gelangen. Die Bedingungen erhält jeder kostenlos zugestellt von der Kalliflora-Fabrik, Hamburg 19. Wir zweifeln nicht, daß diese originelle Wettbewerbsidee einen vollen Erfolg haben wird, denn: Du erziehst die Kalliflora weiche Hände!

Erwerbslosendemonstration auf dem Schloßplatz
Erwerbslose erscheint heute in Massen!

abmarschiert am Donnerstag, 17 1/2 Uhr, für Verfrachtung der Reisensfürsorge, für längere Unterstützungsdauer, für eine Oberbefehle. Abmarsch pünktlich 17 Uhr von den Sammelplätzen: Oberstr. Am Waldgärt; Ohlauer Tor: Am Weidplatz; Scheitnig: Am Bahnhof; Becken: Am Striegauer Platz; Grünhagen: Am Sonnenplatz; Strieblauer Tor: Zeilgärt. Wer nicht erscheint, macht sich mithin an der weiteren Vererbung der Arbeitslosen.

